

Lübecker Finanzpolitik

Vor einer Woche erklärten Bundesforschungsministerin Annette Schavan und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (beide CDU), wie sie den Studiengang Medizin der Universität Lübeck retten wollen, dessen Aus das Ende der kompletten Uni bedeuten könnte. Im Landeshaushalt fehlen 25 Millionen Euro. Schavan und Carstensen haben nun angedacht, aus dem Kieler Leibniz-Institut für Meereswissenschaften eine Einrichtung der größten Wissenschaftsorganisation Deutschlands, der Helmholtz-Gesellschaft, zu machen. Das Land würde das Institut damit nicht mehr zu 50 Prozent finanzieren müssen. Der Bund würde 90 Prozent der Kosten übernehmen. Die Reaktionen auf diesen Plan waren harsch. Ein »Kronjuwel« der außeruniversitären Forschung würde »zum Objekt finanzpolitisch motivierter Verschiebungen«, beklagte Karl Ulrich Mayer, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, die in dieser Sache übergangen worden war. Primat wissenschaftspolitischer Entscheidungen müsse das »Wohl der Forschung sein, nicht ihr Finanzierungsschlüssel«. Der Direktor des Kieler Instituts, Peter Herzig, wies darauf hin, daß seiner Einrichtung mit dem Wechsel kein Geld der Deutschen Forschungsgemeinschaft mehr zur Verfügung stünde: »Wenn wir zehn Millionen Euro Drittmittelleinnahmen verlieren, wäre das eine Katastrophe.« Bedroht wären vor allem Sonderforschungsbereiche, bei denen das Institut eng mit der Uni Lübeck kooperiert. Hier beißt der Hund sich in den Schwanz. (ddp/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/147543.luebecker-finanzpolitik.html>